

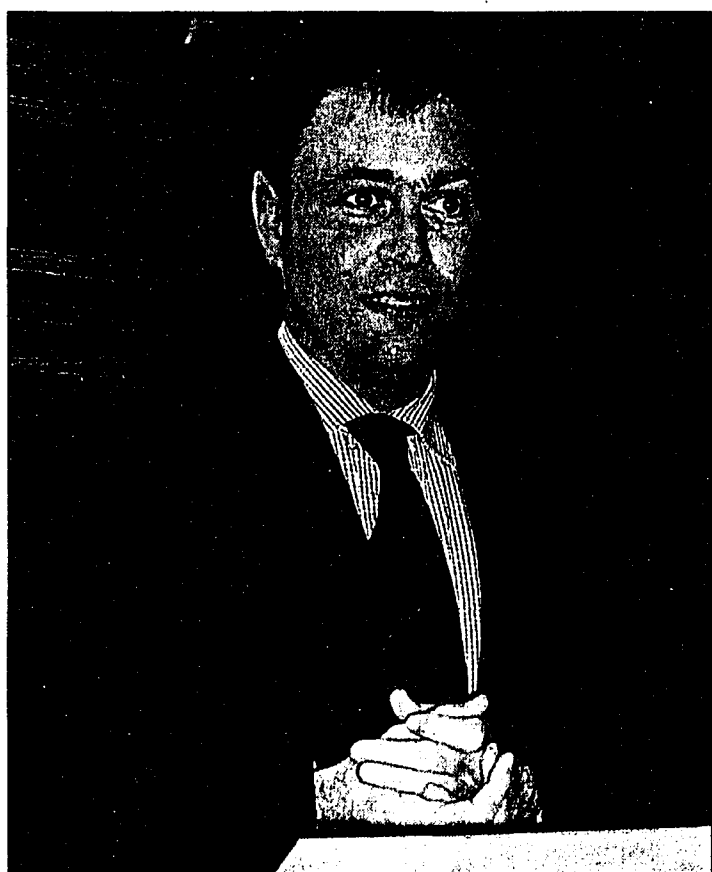
Stiftungsrecht: «Man kann den Kuchen nicht gleichzeitig essen und besitzen»

Vortrag von Dr. Harald Bösch zur liechtensteinischen Stiftung im Rechtsvergleich

In einer Vorlesung zu aktuellen Fragen des liechtensteinischen Stiftungsrechtes am Liechtenstein-Institut informierte der Referent, Dr. Harald Bösch, Rechtsanwalt aus Bregenz, vor allem über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu anderen Rechtsräumen. Klar wurde im Anschluss an das Referat, dass heimische Stiftungen wesentlich liberaler ausgestaltet sind, als in unseren Nachbarstaaten.

Peter Kindle

Das Liechtenstein-Institut startete gestern Abend zu einer zweiteiligen Vortragsreihe zum Stiftungsrecht. Fachreferent Dr. Harald Bösch, Rechtsanwalt aus Bregenz und Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut wartete mit einem sehr ambitionierten Programm für den ersten Abend auf. Es galt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der liechtensteinischen



Dr. Harald Bösch stellte Rechtsvergleiche zwischen Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und Deutschland an.

Stiftungen in den Vergleich zu unseren Nachbarländern zu

stellen. Resultat der Vergleiche war, dass Liechtenstein über eine sehr liberale Form der Stiftungen verfügt.

Attraktivität bleibt ungebrochen

Das Interesse der Besucher an den Ausführungen von Dr. Harald Bösch war nicht nur aus dem Grund heraus sehr gross, dass die Diskussionen um den liechtensteinischen Finanzplatz in letzter Zeit sehr weitreichend waren, sondern auch die Attraktivität unserer Stiftungen.

Heimische Stiftungen sind bei ausländischen Kapitalanlegern nach wie vor ungebrochen

gross. Dies belegen auch die Zahlen. Während es in Deutschland anzahlmässig nur sehr wenig Stiftungen zu verzeichnen gibt, in Österreich lediglich 1400 Privatstiftungen existieren und in der Schweiz die 23 000 eintragungspflichtigen Stiftungen zum Grossteil Personalfürsorgestiftungen sind, sieht es in Liechtenstein anders aus: Allein im Jahr 1999 wurden 5500 Stiftungen neu hinterlegt. Die separat eingetragenen Stiftungen wurden bei dieser Zahl nicht berücksichtigt.

«In Liechtenstein sind mehr als 80 000 Gesellschaften und Stiftungen existent», betonte

Dr. Harald Bösch bei seinen Ausführungen, «dennoch ist die genaue Zahl der Stiftungen an sich unbekannt». Aus Gründen der Verschwiegenheit bei der Steuerverwaltung konnte der Referent die genauen Zahlen nicht in Erfahrung bringen.

Liberal, aber mit Risiken verbunden

In seiner rechtsvergleichen Einordnung stellte Dr. Harald Bösch fest, dass die liechtensteinische Stiftung, welche strukturell dem schweizerischen Modell nachempfunden wurde, wesentlich liberaler sei und in wesentlichen Punkten vom rechtlichen Modell der

Schweiz abweiche. Die Liberalität der liechtensteinischen Stiftung, die ihrerseits wieder als Modell der österreichischen Gesetzgebung im Jahre 1990 diente, erkläre auch den massiven Anfangserfolg für Stiftungen, welche in Österreich seit Einführung der neuen Gesetzgebung einen kleinen Boom erlebte.

Dennoch müsse man sich der Risiken der Liberalität bewusst sein: «Man kann den Kuchen nicht gleichzeitig essen und besitzen», so der Referent. Ernst zu nehmen seien auch die vorhandenen Kontrollprobleme im liechtensteinischen Stiftungsrecht.



Interessierte Besucher verfolgten den Vortrag zum Stiftungsrecht am Liechtenstein-Institut. Unter ihnen auch der FBP-Landtagsabgeordnete Rudolf Lampert (Mitte). (Bilder: bak)

„Gemeinsam die Heimat mitgestalten.“

Wendelin Lampert, Triesenberg
FBP-Kandidat für die Landtagswahlen 2001

Wirtschaftspolitik: Platz für 100 000 Arbeitsplätze?

Regierung beantwortet FBP-Interpellation für eine nachhaltige Volkswirtschaft – Zehn-Punkte-Programm vorgestellt

Die Regierung nutzte das gestrige Mediengespräch, um die Beantwortung einer FBP-Interpellation für eine nachhaltige Volkswirtschaft zu präsentieren. Wirtschaftsminister Michael Ritter liess sich die Gelegenheit nicht nehmen, die Definition mit zehn Zielen für die Entwicklung der liechtensteinischen Volkswirtschaft an den Mann zu bringen.

Peter Kindle

Michael Ritter betonte am gestrigen Mediengespräch, dass die Regierung in ihren Zielvorstellungen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaft vor allem auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abstellen wolle. Weitere Faktoren, welche in die Wirtschaftspolitik miteinbezogen werden müssen, seien die Merkmale unseres Wirtschaftsraumes und «die heutige Situation».

Wirtschaft: Weichen für Zukunft seien gestellt

Um Ziele für eine Entwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung definieren zu können, sei es wichtig, die Ist-Situation genau zu betrachten, betonte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter. Genau dies woll-

te auch die FBP-Fraktion, welche die Interpellation an die Regierung richtete. «Unserer Wirtschaft geht es gut», stellte Michael Ritter fest, «sie ist gesund und vielfältig». Mit diesen Worten versuchte Wirtschaftsminister Michael Ritter aufzuzeigen, dass die Weichen für eine nachhaltige Zukunft der liechtensteinischen Wirtschaft gestellt seien. «Wir verfügen über eine gesunde Struktur und über eine Krisenresistenz».

Umfangreiches Papier mit Zielvorstellungen

Regierungsrat Michael Ritter betonte, als er sein ambitioniertes Zehn-Punkte-Programm präsentierte, dass die Nachhaltigkeit der Wirtschaft vor allem vom Einbezug von Ökonomie, Ökologie und Sozialen lebe.

Obwohl es «etwas abgegriffen klingen mag», so Michael Ritter, sei es auch in Zukunft nötig, die positiven Standortbestimmungen aufrecht zu erhalten und Sorge dazu zu tragen. Politische Stabilität, sozialer Friede, niedrige Besteuerung, Rechtssicherheit, eine gute Ausbildung und hohe Arbeitsmoral seien die wichtigsten Rahmenbedingungen, um die Aufrechterhaltung des Standortes zu gewährleisten.

Ein weiterer Faktor für eine rosige wirtschaftliche Zukunft sei auch eine Weiterführung der Diversifikation innerhalb der Volkswirtschaft. «Daran müssen wir weiter arbeiten», so Ritter. Als aktuellstes Ziel bezeichnete der Wirtschaftsminister die Aufgabe, die Glaubwürdigkeit Liechtensteins als Wirtschaftsstandort zu stärken. Als Wirtschafts- und Finanzplatz brauche sich unser Land nicht zu verstecken.

In diesem Ziel sei – gemäss den Ausführungen des Regierungschef-Stellvertreters – inkludiert, dass die Dienstleistungen, welche Liechtenstein anbiete, auf einem qualitativ hohen Niveau stattfinden sollen.

Grosses Chancenpotenzial sah Michael Ritter auch in der Entwicklung der «digitalen Zukunft unseres Landes», so zum Beispiel auch der «e-commerce».

Platz für 100 000 Einwohner?

Ein weiteres Ziel für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik sei auch die Vorstellung, das Wachstum der Arbeitsplätze mit dem Bevölkerungswachstum in Einklang zu bringen.

Des Weiteren werde es nötig sein, der Zersiedelung Einhalt zu gebieten. «Das Ziel ist es, die bestehenden Siedlungen zu ver-

dichten, um eine weitere Zersiedelung des Landschaftsraumes zu vermeiden. Die Zonenfläche beträgt heute rund 21 Quadratkilometer, was theoretisch für

etwa 80 000 bis 100 000 Einwohner einschliesslich zugehöriger Arbeitsplätze ausreichen würde», propagiert die Regierung in ihrem Zehn-Punkte-

Programm. Ob alle Ziele realistisch seien, wusste auch Michael Ritter nicht. Es gebe bestimmt ein Konfliktpotenzial bei den einzelnen Vorstellungen.

REKLAME

Goldschmied
R a p h a e l H u b e r

H

Juwelen · Schmuck · Exclusive Einzelanfertigungen
Altenbach 1 · 9490 Vaduz · Liechtenstein · Telefon +423 252 61 31